

## Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Winnender Haushalt für das Jahr 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister Sailer und Haas,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Deutschland steht an einem Wendepunkt. Die fetten Jahre scheinen vorbei zu sein. Längst haben die Länder des Globalen Südens und ehemalige Entwicklungsländer die Deutschen in Effizienz, Schnelligkeit, Digitalisierung, Innovation und technischem Fortschritt überholt. **Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln, für die Übernahme von Eigenverantwortung, für den Schutz von Eigentum und für Anreize zu persönlicher Leistung und für den Einsatz für die Gesellschaft als Ganzes werden schwieriger.** Das Gespenst von De-Growth, Zukunftsfeindlichkeit und Untergangsstimmung aufgrund des Klimawandels und Krieges macht die Runde. Alles wird aus Angst bis ins kleinste Detail überreguliert und gesetzlich genormt.

Auch auf kommunaler Ebene sind diese Entwicklungen deutlich erkennbar:

In den letzten Jahren wurde an die **Kommunen immer mehr Aufgaben** herangetragen, die sie für Bund und Land zu erfüllen haben; beispielsweise der Ausbau der U3-Betreuung (Kleinkindbetreuung für 1-3-Jährige) oder die Umstellung von Halbtags-Kindergärten auf Ganztagskindertagesstätten oder die Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen. Alles Pflichtaufgaben, denen sich eine Kommune nicht entziehen kann! Zukünftig soll ab 2026 auch noch ein **Rechtsanspruch auf Ganztagschule** auf die Kommunen zukommen. Eine weitere Herkulesaufgabe, die Kommunen zwingt, entsprechend ausgestattete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit dies überhaupt gelingen kann. *Eigentlich müsste gelten, wer bestellt, der bezahlt auch oder anders gesagt, wer den Bürgern politische Versprechungen macht, sei es auf kommunaler Ebene, auf Landes- oder*

*Bundesebene, der muss auch sagen, wo das Geld dafür herkommen soll, damit diese Aufgaben erledigt werden können.*

Viele Familien möchten auch keine Ganztagschule für ihr Kind. Damit sind Konflikte vorprogrammiert. Als FDP-Fraktion möchten wir das **Elternrecht auf freie Wahl** der Beschulung im Grundschulalter stärken. Wenn es zukünftig zwei verpflichtende Ganztagsgrundschulen in der Kernstadt geben soll und die Wahl nur darin besteht, sein Kind mit dem Auto in andere Stadtteile zu fahren, um eine „normale“ Grundschule zu besuchen, dann läuft unseres Erachtens etwas schief. Solche Fehlentwicklungen darf es in unserer Stadt nicht geben.

Doch es gibt auch jede Menge andere Aufgaben, die an die Stadtverwaltung herangetragen werden. Diese kann eine Kommune freiwillig tun (eigentlich nur wenn auch genügend Geld in der Kasse ist). *In den vergangenen Jahren scheint sich die **freiwillige Aufgabe** zu einer „gefühlten Pflichtaufgabe“ entwickelt zu haben.* So hört man, dass sich „die Stadt“ doch um dies oder jenes kümmern, es hier eine Förderung geben müsse, da eine Anschubfinanzierung oder jener Agentur beizutreten sei, da irgendeine andere Kommune das auch so mache. Wilhelm Busch nannte dies so: *„Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt wird, kriegt augenblicklich Junge.“* Hier müssen wir als Gesellschaft das kindische Anspruchsdenken hinter uns lassen und zu eigenverantwortlichen, reifen und selbstständigen Handeln kommen.

Ein Gemeinderatsgremium - so ist jedenfalls unser Verständnis - muss das Ganze im Blick behalten! Ja, den Wählerinnen und Wählern Versprechungen zu machen ist einfach und sorgt für Wählerstimmen, aber **was versprochen wird, muss vorher erwirtschaftet werden.** Sonst leben wir auf Pump und auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Diese werden die Rechnung bitter bezahlen müssen!

Bei einer Gesamtverschuldung von ca. 140 Millionen € des Konzern Stadt mit ihren Töchtern Eigenbetrieb Stadtbau (die für sozialen Wohnraum sorgen soll) und Stadtwerke (die für Gas, Wasser, Strom, Ausbau der Fernwärme und Bäderbetriebe zuständig ist), bleibt keine Luft für freiwillige Aufgaben. **Daher mahnen wir, dass sich die Stadtverwaltung auf die Kernaufgaben der Kommune konzentrieren muss.** Vielen scheint gar nicht klar, was eine Pflichtaufgabe ist und was freiwillige Aufgaben sind. Wir regen an, dies zukünftig in den Verwaltungsvorlagen deutlich erkennbar zu machen.

Aus diesem Grund halten wir die Mitgliedschaft in der Energieagentur für falsch. Hier wird ein weiterer bürokratisch aufgeblähter Apparat mit Steuergeldern unterstützt. Angeblich soll

der Bürger dadurch eine kostenlose Energieberatung für seine Immobilie erhalten. Fakt ist jedoch, dass nur ein Erstgespräch kostenlos ist und eine weitere Beratung mit Stundensätzen abgerechnet wird. Und dieses Erstgespräch ist auch nicht ohne Kosten, da ja jedes Jahr Mitgliedsbeiträge an diese Agentur bezahlt werden müssen. Hier appellieren wir an **mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und weniger staatliche Eingriffe.**

Mit Besorgnis nehmen wir Kenntnis von **sinkenden Gewerbesteuereinnahmen.** Diese Steuer ist eine der Haupteinnahmequellen einer Kommune. Ist ein wirtschaftlicher Rückgang spürbar, fehlt sofort Geld im städtischen Haushalt für nötige Aufgaben. *Daher müssen wir alles tun, um unseren Handel in Winnenden zu stärken, um Betriebe und Handwerk vor Ort zu unterstützen und die Türen weit offen zu haben für die Anliegen und Nöte unserer Unternehmen und Selbstständigen (sei es der kleine Einzelunternehmer, das mittelständische Familienunternehmen oder auch der Global Player).* Wenn es der Wirtschaft vor Ort nicht gut geht, dann wird es auch zwangsläufig dem Rest der Gesellschaft nicht gut gehen, da das eine das andere bedingt. **Daher muss unseres Erachtens alles unterlassen werden, was der Wirtschaft weiteren Schaden zufügt!** Dazu gehören beispielsweise Gewerbesteuererhöhungen, aber auch Winnender Eigenheiten wie eine sogenannte HasoWo-Abgabe auf Neubauten, die das Bauen noch teurer macht, den Erwerb von Wohneigentum für junge Familien erschwert und Mieten generell erhöht. Warum sich die Stadt Winnenden ein eigenes Stadtbauunternehmen leistet, um allseits bekannt sehr teuren sozialen Wohnraum zu schaffen und in Konkurrenz zu Winnender Bauunternehmen und privaten Bauherren tritt, ist uns weiterhin ein Rätsel. Daher stimmen wir dem Haushalt der Stadtbau nicht zu und beantragen getrennte Abstimmung.

Als FDP-Fraktion stehen wir für einen schlanken Staat, der sich auf die Kernaufgaben konzentriert. Auf kommunaler Ebene heißt das, dass wir die Stadtverwaltung als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger verstehen, d.h. *die Verwaltung muss wohlwollend, zügig, zuvorkommend und serviceorientiert handeln, damit die Menschen, Betriebe und Unternehmen in unserer Stadt wachsen und gedeihen können.* Wir brauchen wieder mehr Entlastung der Bürgerinnen und Bürger statt immer mehr Belastung. Dies erreichen wir nur durch einen eisernen Sparkurs, der alle Ausgaben, die nicht dem Pflichtbereich unterliegen auf den Prüfstand stellt. Aber auch eine **gute Kommunikation von innen nach außen,** die die

Kommune nichts kostet, jedoch das Vertrauen in die Verwaltung stärkt und ein gutes Miteinander fördert. Hier gibt es noch viele Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir begrüßen es, dass die Verwaltung im kommenden Jahr ein Konzept erarbeitet zur **Deckelung der Personalkosten!** Hier wurden schon in 2024 hohe Anstrengungen unternommen, um die immer stärker steigenden Personalkosten in den Griff zu bekommen. *Das nehmen wir Wohlwollen zur Kenntnis und Bestärken die Verwaltung darin, diesen Kurs weiterzuverfolgen.* Dass ein außergewöhnlich hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst die Kosten trotzdem explodieren ließ, ist kontraproduktiv. Es heizt die Inflation an und belastet die kommunalen Haushalte. Nur Steuerentlastungen und die Senkungen von Abgaben und Beiträgen helfen wirklich, damit Menschen mehr Netto vom Brutto haben und eigenverantwortlich über ihre Ausgaben entscheiden können. Zur Entlastung des Haushaltes hätten wir uns gewünscht, dass die Einführung des sogenannten Jobkärtles für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erst im folgenden Jahr auf der Agenda gestanden hätte.

Auch die plötzlich gestiegenen Kreisumlage trifft unsere Stadtfinanzen bitter und verhindert nötige Investitionen. Da kann nur an den Bund, das Land und den Kreis appelliert werden, die gesundheitspolitischen Aufgaben schnell zu erledigen und konsequent **Haushaltskonsolidierung** zu betreiben, um die Kommunen wieder zu entlasten.

Zu Beginn des kommenden Jahres steht eine Richtungswahl an! Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit dieses Land wieder der Motor Europas wird und weltweit für seine freiheitlich-demokratischen Werte des Grundgesetzes geachtet wird auf denen der deutsche Wohlstand fußt. Wenn wir eine Veränderung in unserem Land wollen, dann brauchen wir eine Erneuerung unseres Denkens oder anders formuliert eine **Rückbesinnung auf unsere liberalen Werte! Das beginnt vor Ort in der Kommune!** Oder wie Reinhold Maier – der ehemalige FDP-Ministerpräsident von Baden-Württemberg es sagen würde – **mit Graswurzeldemokratie!**

Trotz dieser mahnenden Worte und Rahmenbedingungen bin ich persönlich zuversichtlich, dass wir auch zukünftig unsere Stadt lebens- und liebenswert erhalten und weiterentwickeln können. Denn wir haben eine **aktive Stadtgesellschaft**, die sich im Ehrenamt in vielerlei Hinsicht für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einsetzt, sei es im Sport, in der Kultur, im

sozialen Bereich, in der Jugend- oder Seniorenarbeit... wir haben Stiftungen und Organisationen, die sich finanziell und personell dort engagieren, wo staatliches Handeln an seine Grenzen kommt. Wir haben eine starke Blaulichtfamilie vor Ort, die in Ausnahmesituationen Hand in Hand zusammenarbeitet und Leben rettet, wie in diesem Jahr bei der Flutkatastrophe wieder deutlich sichtbar wurde. Wir haben herausragende Unternehmerpersönlichkeiten, fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ausgezeichnete Sportler und Musiker, über unsere Stadtgrenzen hinaus bekannte Autoren und Kunstschaffende. Wir haben eine junge Generation, die darauf wartet, dass sie ihre Talente und Begabungen entdecken und entfalten können. Geben wir Ihnen diese Möglichkeit und entfesseln sie von allem, was sie daran hindert.

Schaffen wir Ihnen diesen Freiraum und die Freiheit, ihren Lebensacker so zu bestellen, damit er reichlich Frucht und Ernte einfährt. **Setzen wir gute Rahmenbedingungen!** Um in der Sprache der Landwirtschaft zu bleiben: schaffen wir einen guten Nährboden, wässern wir ihn mit Zuwendung und Aufmerksamkeit, entfernen wir die Misteln aus unseren Streuobstbäumen der Gesellschaft, die nur Zeit, Energie und Kraft rauben, aber keinen Mehrwert bringen und langfristig die gesunden Bäume aussaugen und absterben lassen! Die Zeitgeister der Zukunftsangst, Unsicherheit und Lähmung müssen gehen! Fruchtlosigkeit und Stillstand, - gar Rückschritt - müssen aus unserer Nation, unserem Land und unserer Stadt verschwinden!

***Möge unsere Stadt gesegnet sein mit Prosperität, immer ausreichenden Finanzen und Leben in Fülle in allen Bereichen unserer Gesellschaft.*** Mögen die Menschen in unserer Stadt voller Hoffnung sein und aufblühen. Möge 2025 ein Jahr des Friedens sein, der unseren Verstand übersteigt und des unerschütterlichen Glaubens an das Gute! Mögen wir in der Stadtverwaltung und im Gemeinderat *weise Entscheidungen* treffen, die positive Auswirkungen auch über unsere Stadtgrenzen hinaus haben.

Wir danken der Verwaltungsspitze, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit in herausfordernden Zeiten, für das gute Miteinander, das unser Gremium besonders macht. **Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Betrachtungsweisen eines Sachverhaltes sind in einer Demokratie der Normalfall und nicht die Ausnahme.** *Daher gilt unsere Kritik stets der Sache und ist niemals als ein persönlicher Angriff gedacht.*

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein neues beginnendes Vierteljahrhundert.

**Packen wir es gemeinsam an!**

**Für die FDP-Fraktion**

Nicole Kim Steiger

Fraktionsvorsitzende